

Cassel, 23. September. Der Bundestag hat vorgestern den Beschluß gefaßt: daß die kurhessische Regierung die Steuern nach wie vor erheben und den Widerstand dagegen durch alle „verfassungsmäßigen“ Mittel zu brechen suchen solle. Auf den Fall, daß sie hiermit nicht zu Stande kommt, ist den Regierungen von Hannover und Württemberg, deren Gesandten den Auftrag mit Dank annehmen, ausgegeben worden, Truppen (10,000 Mann) bereit zu halten und beim ersten Wink zur kräftigen Handhabung des durch die Verordnung vom 7. Sept. verkündigten Kriegszustandes in Kurhessen einrücken zu lassen. Man erfährt übrigens, daß alle Schritte, welche Herr Hassenpflug gethan, aus gemeinsamen Berathungen mit den übrigen Bundestagsgesandten hervorgegangen sind und daß er sogar so vorsichtig gewesen ist, die Verordnungen vom 4. und 7. Sept. vor ihrer Bekanntmachung dem engern Rathe zur Durchsicht und Approbation vorzulegen.

— Das Gesamtministerium hat, laut tel. Dep. vom 25., den oben angeführten Bundesbeschluß verkündigt, hinzufügend, daß Vollzugsverordnungen nachfolgen werden. Der Beschluß befindet sich schon im Gesetzblatt. Der Landtagsausschuß hält soeben Berathung darüber.

— Der Stadtrath von Hanau hat folgende Petition an den Kurfürsten abgehen lassen: „Ihre jetzigen Minister, königl. Hoheit! erklärt die allgemeine Stimme für Ihre ärgsten Feinde und für Männer, die es nicht bloß auf den Umsturz der kurhessischen Staatsverfassung, sondern zugleich auch auf den Ruin Ihres kurfürstlichen Hauses abgesehen haben, und die Sie gleichwohl wie Schlangen am eigenen Busen erwärmen. Verurtheilt durch die öffentliche Meinung, ja fast erdrückt durch die Wucht der ganzen deutschen Volksverachtung, wissen diese Menschen zwar wohl, daß sie keinen sichern Aufenthaltsort, keine ruhige Stätte mehr haben. Aber dennoch treten sie nicht zurück, dennoch fahren sie fort, ihr verzeifeltes Spiel zu treiben; ja, sie verbarricadiren sich lieber in einem Badeorte, als daß sie der Stimme der Vernunft und des Rechts Gehör schenken. Eine derartige Situation ist unerhört in den Annalen deutscher Fürstengeschichte. Königl. Hoheit! Das hessische Volk steht nicht auf Ihrer Seite. Ihre gegenwärtige Regierung befindet sich vielmehr, von wenigen Verblendeten und Eigennütigen abgesehen, in vollkommener Isolirung vom Volke. Ihre Behörden sind keineswegs pflichtwidrig, sondern umgekehrt, gerade pflicht- und verfassungstreu, und schon die ganze gesetzliche und würdevolle Haltung des Volkes wird Ihnen andeuten müssen, wo Diejenigen zu suchen sind, welche Recht und Gesetz mit Füßen getreten und die Landesverfassung gebrochen haben. Königl. Hoheit! Machen Sie Ihren Frieden mit dem Lande und beendigen Sie einen Zustand, welcher, sein Ausgang sei auch wie er wolle, jedenfalls nicht zu Ihren Gunsten ausschlagen kann. Bedenken Sie, daß eine constitutionelle verfassungsmäßige Regierung mit Ministern dieses Schlages unmöglich ist und Ihnen also mit diesen Ministern kein anderer Ausweg bliebe, als die Verfassung zu beseitigen und ein rein despotisches Regime einzuführen!“

Schleswig-Holstein.  
Aus Eckernförde wird durch den Telegraphen gemeldet, ein hannoverscher Schiffer von Friederichsberg berichtet: daß am 23. d. von den Dänen 40 Schiffe verschiedener Nationen aus der Eider gewiesen und der Fluß blockirt sei.

— Das Gerücht, daß Eckernförde für neutral erklärt und von den Dänen geräumt sei, ist völlig unbegründet. Nur die Schanzen von Windeby sind von den Dänen demolirt und die Besatzung Eckernförde's vermindert.

— Die Windebyer Mühle ist von den Dänen abgebrannt worden, wahrscheinlich, um zu verhindern, daß sie von schleswig-holsteinischer Seite zu Signalen gebraucht werde.

— Der Verlust der Schleswig-Holsteiner in den Gefechten bei Missunde und Eckernförde ist nicht so unbedeutend gewesen, als er von mehreren Blättern angegeben wurde. Die Zahl der Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen beläuft sich auf 290, wovon 9 Offiziere und 24 Unteroffiziere. — Der Verlust dänischer Seite mag allerdings weit mehr betragen, denn in Flensburg allein sind am 13. Sept. 132 Wagen mit Verwundeten angekommen. — Briefe aus der Stadt Schleswig, welche der dänischen Postkette glücklich entgangen sind, sagen u. A., daß die Gefechte der letzten Zeit der hartbedrängten Bevölkerung neuen Muth gegeben haben. Es werde den Dänen nicht gelingen, ihre Absicht in Schleswig durchzuführen, nämlich das Land materiel und moralisch in seinem Besitz wie in seiner Bevölkerung zu vernichten, um es dann beherrschen und einverleiben zu können. Die Requisitionen gingen fort, täglich mußten 600 Ochsen geliefert werden, obwohl die dänische Armee nur 200 brauche. Das Schmerzlichste aber sei nicht die Absetzung der Beamten, Lehrer und Geistlichen, nicht die Ausweisungen aller angesehenen Männer und Frauen, sondern die fortdauernden Aushebungen für die dänische Armee, welche gegenwärtig bis auf die Altersklasse der 16jährigen ausgedehnt würden. Diese Aushebungen seien nichts Anderes als die Wegschleppung der gesammten männlichen Bevölkerung vom 16. bis 40. Jahre nach Friedericia und Fühnen. Trotzdem aber dauere der positive Widerstand fort. Die Frauen träten, nachdem die Männer entfernt seien, den Dänen muthig entgegen, und auf dem Lande verweigerten die Bauernvoigte nach wie vor die Publication der Verordnungen von Tilsch und Consorten. Jeder einzelne obrigkeitliche Act müsse durch Commando's der Armee erzwungen werden. Ebenso seien bisher die Steuern nur durch militärische Execution zu erlangen gewesen. Die dänische Cavallerie sei fortwährend in einer Stärke von 4000 Pferden mit diesem Executionsdienste beschäftigt. (G. 3.)

Das traurige Loos des Wegschleppens trifft besonders die jungen Männer Nord-Friedlands, gegen welches das dänische Volk seit undenklichen Zeiten den niederträchtigsten Groll gehegt. — So weit treibt es die dänische Tyrannei. Ja, die „Blumen des Waldes“ werden beiderseits gemäht werden, und gräßlich einsam wird es im Lande werden, und überall wird man weinen und trauern.

— Von einigen französischen Offizieren ist der